Fraktion CDU

Erfurt
LANDESHAUPTSTADT
THÜRINGEN

Titel der Drucksache:

Überarbeitung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt - Abfallwirtschaftssatzung

Drucksache	**1654/25**
Stadtrat	Entscheidungsvorlage öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt, Klimaschutz und Verkehr	28.08.2025	öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	17.09.2025	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Beschluss der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen in der Landeshauptstadt Erfurt vom 3. Dezember 2015 bürgerfreundlich umzugestalten. Insbesondere ist § 10 Absatz 3 der Satzung insoweit bürgerfreundlicher auszugestalten, als verhindert werden soll, dass die Verwaltung wie bislang nahezu jegliche Ausnahmefälle ablehnt. Auch ist vorzusehen, dass in diesen Ausnahmefällen der Standplatz nicht nur vor dem Grundstück, sondern auch in dessen räumlicher Nähe vorgesehen werden kann.

02
Die Überarbeitung der Satzung ist dem Stadtrat spätestens am 10. Dezember 2025 zur Beschlussfassung vorzulegen.

18.06.2025, gez. i.A. [redacted]
Datum, Unterschrift

© Stadt Erfurt

Nachhaltigkeitscontrolling ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage				**Demografisches Controlling** ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage	
Finanzielle Auswirkungen ☐ Nein ☐ Ja → ↓				**Nutzen/Einsparung** ☐ Nein ☐ Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)	
Deckung im Haushalt ☐ Nein ☐ Ja				**Gesamtkosten** EUR	
↓					
	2025	**2026**	**2027**	**2028**	
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR	
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR	
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR	
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR	
☐ **Deckung siehe Entscheidungsvorschlag**					

Fristwahrung

☒ Ja ☐ Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Die aktuelle Abfallwirtschaftssatzung der Landeshauptstadt Erfurt führt in bestimmten Stadtbereichen zu untragbaren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Abfallwirtschaftssatzung. Ein Hauptproblem ist die Notwendigkeit, volle Restabfallbehälter über Stufen von Vorder- oder Hinterhäusern transportieren zu müssen. Diese physische Anforderung ist für ältere Menschen, Frauen und insbesondere für Menschen mit körperlichen Einschränkungen unzumutbar und stellt eine erhebliche Belastung dar. Selbst Immobilienverwaltungen lehnen aufgrund von Arbeitsschutzgründen in bestimmten Fällen den Transport ab, wenn die Wege durch kleine, verwinkelte Kellergänge führen. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die Abfallentsorgung in Erfurt haben ihren Ursprung in kleinen Flächen, die direkt an Wohnhäuser angrenzen. Diese Flächen wurden einst von der Stadt aufgekauft, wodurch die Restabfallbehälter nicht mehr im öffentlichen Raum stehen dürfen. Dies ist besonders problematisch, da diese Praxis jahrelang geduldet wurde.

Die neue Regelung wurde erst im Jahr 2023 eingefordert, obwohl die Änderung der Abfallwirtschaftssatzung bereits ab dem 1. Januar 2026 vorgesehen war. Dieser zeitliche Versatz führt zu Unverständnis und einer zusätzlichen Belastung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, da sie sich nun an eine striktere Auslegung halten müssen, die zuvor nicht konsequent durchgesetzt wurde.

Ein prominentes Beispiel hierfür sind die Anwohner der Heinrichstraße, die bereits versucht haben, über Gerichtsverfahren eine Erleichterung zu erwirken. Trotz unterschiedlicher

Gerichtsurteile zum gleichen Sachverhalt werden weiterhin Ordnungs-, Buß- und Zwangsgelder gegen die Betroffenen verhängt. Dies führt zu zusätzlicher finanzieller Belastung und einem Gefühl der Ungerechtigkeit.

Die Problematik hat weitreichende Konsequenzen, da einige Fälle bereits dem Verwaltungsgericht vorliegen und zum Teil Sammelklagen angestrengt wurden. Als bürgerfreundliche Stadt muss Erfurt dringend Lösungen anbieten, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entgegenkommen und gleichzeitig eine effiziente Abfallentsorgung gewährleisten. Es ist unerlässlich, dass die Stadtverwaltung praktikable Lösungen entwickelt, die alle Einwohner berücksichtigen.

© Stadt Erfurt